

Kreisverband
Bad Tölz-
Wolfratshausen

SPD

Kommunalwahl 2026

Wahlprogramm der SPD für den Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen

Stand: 8. November 2025

Beschlossen von der
SPD Kreiskonferenz Bad Tölz-Wolfratshausen
Vorsitzender Klaus Barthel
www.spd-badtoelz-wolfratshausen.de

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Präambel	3
Arbeit und Leben gestalten	4
Solide Finanzen	4
Wohnen	5
Arbeit	5
Mobilität	6
Energie	7
Digital – aber sicher!	7
Politik für die Jugend	8
Gleichstellung	9
Integration/Migration	9
Soziales/Pflege	10
Gesundheit/Krankenhäuser	10
Inklusion/Barrierefreiheit	11
Landschaft und Natur schützen und wiederherstellen	11
Demokratie und Transparenz leben	12

Präambel

Wählen macht den Unterschied. Gerade in Gemeinde, Stadt und Landkreis kommt es auf jede Stimme an!

In unserem Landkreis leben wir in einer bevorzugten Region. Hier verbinden sich landschaftliche Schönheit mit einer günstigen wirtschaftlichen Lage. Der Landkreis mit seiner Nähe zur Landeshauptstadt und zu den Alpen, seinen Traditionen und Freizeitangeboten wächst und gedeiht voraussichtlich auch in Zukunft. Er braucht aber auch tagtägliche Anstrengungen für mehr Zusammenhalt, sozialen Ausgleich, für Sicherheit und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Dafür bedarf es des Zusammenwirkens der Bürgerinnen und Bürger, der Arbeitenden in den Betrieben, Verwaltungen und Einrichtungen, in den Vereinen, Verbänden und Parteien, den Behörden einschließlich einer handlungsfähigen Landkreisverwaltung. Kreistag, Landkreisspitze, Städte und Gemeinden sollten gemeinsam die Bedürfnisse der Menschen in unserem Landkreis mit den gegebenen Möglichkeiten und finanziellen Spielräumen optimal in Einklang bringen.

Demokratie, Frieden und natürliche Lebensgrundlagen sind jedoch auch bei uns bedroht. Wir spüren, dass der gesellschaftliche Konsens bröckelt, Ängste zunehmen, Gräben entstehen oder breiter werden. Auch bei uns besteht die Gefahr, dass Spalter und Feinde von Freiheit, Frieden und Demokratie an Macht gewinnen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten übernehmen auch in schwierigen Zeiten Verantwortung für unser gesamtes Gemeinwesen. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Spielräume der Kommunalpolitik von Entscheidungen in Land, Bund und Europa abhängen. Trotzdem weichen wir den notwendigen Diskussionen über die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft nicht aus. Daraus entwickeln wir konkrete Handlungsvorschläge. Grundlagen dafür sind unsere geschichtlichen Erfahrungen, Wertorientierungen und die Interessen der Menschen, die von ihrer Arbeit leben. Unsere Listen sind offen für Mitbürgerinnen und Mitbürger, die nicht unserer Partei angehören, aber mit uns gemeinsame Ziele in Gemeinde, Stadt und Landkreis verfolgen.

Gemeinsam wollen wir möglichst viele Menschen dafür gewinnen, sowohl zur Wahl zu gehen als sich auch an der Gestaltung unseres Gemeinwesens zu beteiligen. Wir stehen an der Seite derjenigen, die sich in Vereinen, Initiativen, Ehrenämtern aller Art und im kulturellen Leben engagieren.

Vieles, wofür die SPD jahrzehntelang gekämpft hat, wurde in den letzten Jahren endlich verwirklicht, zum Beispiel: Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, Beitritt zum Münchner Verkehrsverbund, Modernisierung der Schulen, vorausschauende Jugend- und Sozialarbeit, Maßnahmen zum Natur- und Umweltschutz, vielfältige Kultur- und Vereinslandschaft, Erhalt der Kreisklinik. Dies wäre ohne Unterstützung vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger und politischer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger nicht möglich gewesen.

Die Kreispolitik hat nur begrenzte Zuständigkeiten. Doch wir wollen diese nutzen, Fortschritte sichern, richtige Ansätze weiterverfolgen und Zukunftspläne umsetzen. Wir glauben an eine gute Zukunft. Dafür brauchen wir als SPD Ihre Unterstützung. Für uns ist Bürgerbeteiligung Bestandteil des politischen Alltages.

Arbeit und Leben gestalten

Der Landkreis kann und muss dazu beitragen, dass man hier gut arbeiten und leben kann. Dazu brauchen wir alle eine gute materielle und personelle Infrastruktur: Schulen, Weiterbildungsangebote, öffentliche Verkehrsmittel, bezahlbare Wohnungen, funktionierendes Internet mit hohem Datenvolumen, Mitbestimmung für die Menschen am Arbeitsplatz und am Wohnort, Inklusion und Integration, qualifizierte Kinderbetreuung, Jugendarbeit, Pflege und Gesundheitsvorsorge.

Die Daseinsvorsorge kann nicht vorrangig unter Kostengesichtspunkten gesehen werden. Nur Superreiche können sich einen armen Landkreis leisten. Alle anderen jedoch sind auf seine Handlungsfähigkeit und Handlungsbereitschaft angewiesen. Umgekehrt kann kein Gemeinwesen ohne die Menschen, die hier arbeiten und leben, existieren.

Es mangelt im Landkreis nicht an Erkenntnissen und konkreten Vorschlägen wie beispielsweise Seniorenpolitisches Gesamtkonzept, Inklusionsstrategie, Nahverkehrsplan, Regionalplan, Digitalisierungsstrategie. Woran es mangelt, ist eine konsequente, und systematische Umsetzung.

Solide Finanzen

Wir stehen für den verantwortungsvollen Umgang mit den begrenzten Mitteln im Kreishaushalt. Zusammen mit unseren Parlamentariern im Landtag und im Bund kämpfen wir seit langem für eine bessere finanzielle Ausstattung der Gemeinden, Städte und Landkreise.

In unserem Landkreis hat es über ein Jahrzehnt gedauert, die Schulden abzubauen, die aus früheren Fehlentscheidungen resultierten. Eine erfolgreiche kommunale Selbstverwaltung setzt eine solide Haushaltsführung voraus. Wir wollen nicht um des Sparens willen sparen, sondern die Mittel gezielt dort verwenden, wo der Bedarf am höchsten ist. Die kommunalen Leistungen wollen wir kostengünstig und effizient bereitstellen.

Wir können kommunale Investitionen dann mit Schulden finanzieren, wenn sie künftige Kosten vermeiden und/oder mittel- und langfristigen Nutzen für die Allgemeinheit stiften.

Wir streben mehr Transparenz des Kreishaushaltes an.

Wir brauchen für ein funktionierendes Gemeinwesen eine funktionierende, personell angemessen ausgestattete Verwaltung. Nur mit attraktiven Arbeitsbedingungen, nicht nur in finanzieller Hinsicht, und einer langfristigen Personalplanung kann unseres Erachtens der benötigte Nachwuchs gewonnen und Beschäftigte an unsere Landkreisverwaltung gebunden werden.

Wohnen

Auch in Zukunft ist mit starkem Zuzug in unsere Region zu rechnen, während sich schon jetzt viele Einheimische das Wohnen kaum noch leisten können. Betrieben und Einrichtungen fehlen Arbeitskräfte, weil diese keine bezahlbaren Wohnungen finden. Es wird viel gebaut und Landschaft verbraucht, weil das Bankkonto zahlungskräftiger „Investoren“ entscheidet. Wir bekennen uns zu den Zielen der Siedlungsentwicklung im Regionalplan: Innenentwicklung statt Zersiedelung, kurze Wege, Anbindung an den ÖPNV.

Der Landkreis muss versuchen, die Entwicklung gemeinsam mit den Städten und Gemeinden besser zu steuern. In seiner Verantwortung muss er zumindest für seine Beschäftigten Wohnraum schaffen. Zweckverbände und Genossenschaften sind zu unterstützen. Zudem sind die Möglichkeiten zur Gründung eines landkreiseigenen Unternehmens, auch in interkommunaler Zusammenarbeit, zu prüfen. Wir unterstützen die Bemühungen der Kommunen, Zweitwohnungen einzudämmen. Wir regen an, die „Soziale Bodennutzung“ (SoBon) flächendeckend einzuführen und zielführend auszugestalten.

Arbeit

Die Turbulenzen auf der Welt, der klimagerechte Umbau der Wirtschaft, die Digitalisierung und die Durchdringung aller Lebensbereiche mit künstlicher Intelligenz (KI) werden auch die Arbeitswelt in unserem Landkreis massiv betreffen. Im Rahmen seiner Möglichkeiten muss der Landkreis die Menschen begleiten und unterstützen.

Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, mehr echte Mitbestimmung sowie Qualifizierung sind wichtige Instrumente. Sie helfen auch bei der Bekämpfung des Arbeitskräftemangels. Wir wollen daher Personal- und Betriebsräte, Gewerkschaften, Unternehmen und Arbeitsverwaltung, etwa im Rahmen der Wirtschaftsförderung des Landkreises, an einen Tisch bringen. Wir wollen die Mitwirkung der Beschäftigten sichern und ausbauen, Tarifbindung verbreitern und Betriebsräte in den Unternehmen nach den gesetzlichen Vorschriften etablieren und unterstützen. Das geht im Rahmen der bereits bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten beispielsweise durch Beratung, Öffentlichkeitsarbeit und Meinungsbildung. Solange es kein bayernweites Vergaberecht mit Tarifbindung gibt, wollen wir die Möglichkeiten des Landkreises nutzen, damit Steuergelder die regionale Wirtschaft stärken und nicht für Lohndumping verwendet werden. In diesem Sinne soll bei der Auftragsvergabe nicht der billigste, sondern der wirtschaftlichste, möglichst tarifgebundene Anbieter zum Zuge kommen.

Wir wollen darauf hinwirken, dass die Ziele der Gleichstellung, Inklusion, der Qualifizierung und der Mitbestimmung in den Betrieben und Einrichtungen im Landkreis flächendeckend verankert werden. Der Landkreis muss zu einer echten Bildungsregion werden, wie das 2017/18 öffentlichkeitswirksam proklamiert wurde. Hierbei geht es für Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonal, Auszubildende und Ausbilder, Beschäftigte, Arbeitssuchende und Betriebe zunächst um Transparenz und die Vernetzung der Angebote der staatlichen Schulen einschließlich der beiden Berufsschulen im Landkreis, der anderen Bildungsträger (beispielsweise in der beruflichen und politischen Bildung, Volkshochschulen) und der Arbeitsverwaltung. Der Landkreis soll im Rahmen seiner Zuständigkeiten, insbesondere als untere Bauaufsichtsbehörde, die Ansiedlung und Erweiterung von Firmen fördern. Dadurch müssen weniger Bewohner aus dem Landkreis nach München pendeln und das Steueraufkommen im Landkreis steigt.

Mobilität

Der Nutzen öffentlicher Verkehrsmittel übersteigt deren Kosten bei weitem. Wir wollen Mobilität auch ohne eigenes Auto ermöglichen. Mobilität für alle ist eine Frage von Freiheit und Lebenschancen, gleich ob es um Arbeit, Schule, Ausbildung, Arzt, Einkauf, Disco oder Kulturveranstaltung geht, ob am Wochenende oder abends. Deshalb muss der ÖPNV auf dem Land flächendeckend vorhanden sein. Überall, wo das Angebot stimmt oder verbessert wurde (z.Bsp. Taktverbindungen bei Bussen und Bahnen, X-Busse, einfachere Tarife, touristische Ziele), nimmt die Nutzung deutlich zu. Das hilft auch, die Kosten zu decken. Deshalb wollen wir den Nahverkehrsplan des Landkreises weiter zügig umsetzen, beispielsweise in Form von flexiblen, bedarfsgesteuerten Rufbusangeboten in den Flächengemeinden Dietramszell und Egling sowie einer leistungsfähigen Buslinie zwischen dem Loisachtal und dem Nordlandkreis. Die Busverbindungen sind laufend, notfalls durch den Landkreis selbst, zu evaluieren und dem Bedarf anzupassen.

Bis zur Elektrifizierung der Strecken der Oberlandbahn wollen wir Akku- oder andere emissionsfreie Züge nach dem Ergebnis einer öffentlichen Ausschreibung einsetzen, um von dieselbetriebenen Zügen wegzukommen. Die Verlängerung der S 7 ist - unterstützt von den Investitionsprogrammen von Bund und Land - entschlossen voranzutreiben. Für alle Jugendlichen, ältere Menschen oder Personen mit Beeinträchtigungen, Auszubildenden und Studierenden sind in Zusammenarbeit mit dem MVV günstigere Sondertarife anzubieten, die auch die Schulwegekosten für alle Kinder und Jugendlichen abdecken.

Die skandalösen Verzögerungen im über 25-jährigen Planungsprozess zur Verlängerung der S-Bahn nach Geretsried sind nicht länger hinnehmbar! Der Landkreis muss von der Deutschen Bahn und dem Land endlich Wahrheit und Klarheit zum Stand des Verfahrens, Transparenz und öffentliche Einsicht in die Berechnungsgrundlagen der Nutzen-Kosten-Untersuchung (NKU) sowie einen realistischen Terminplan und dessen Einhaltung einfordern. Die Staatsregierung muss – gegebenenfalls mit Sanktionen – endlich ihre politische Verantwortung gegenüber den Planern der Bahn und den Genehmigungsbehörden wahrnehmen.

Im übrigen sind die derzeitigen gravierenden Mängel der S-Bahn nach Wolfratshausen sofort abzustellen.

Wir unterstützen alle Bestrebungen, Fußgänger und Radfahrer zu schützen und für sie, wie in der StVO vorgesehen, entmischte Verkehrswege zu schaffen.

Energie

Wir stehen zu den Zielsetzungen des Landkreises und der „Energiewende Oberland“ zur Klimapolitik. Der Landkreis muss dazu einen größeren Beitrag leisten. Schnellere Genehmigungsverfahren ohne unnötige Auflagen und die Nutzung von Ermessensspielräumen zugunsten von nachhaltigen Investitionen sind erforderlich. Kleinere Gemeinden müssen bei der Wärmeplanung und kommunalen Energieprojekten beraten und unterstützt werden.

Wir fordern weiterhin die Rückverstaatlichung der Wasserkraft rund um den Walchensee unter wirtschaftlicher Beteiligung von Landkreis und Gemeinden. Dazu muss der Landkreis auch ein eigenes öffentliches Energieunternehmen gründen und betreiben. Bezahlbare Energie ist Teil der Daseinsvorsorge und nicht Spielball globaler Investoren. Bei der Gestaltung der Energiewende muss daher auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis (geringstmögliche Kosten pro eingesparter Tonne Kohlendioxid) geachtet werden.

Digital - aber sicher!

Digitalisierung dringt in alle Lebensbereiche vor. Sie ist Chance und Herausforderung. Der Landkreis muss in seiner Zuständigkeit Wege und Hilfen bereitstellen, um Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu erleichtern. Gleichzeitig wollen wir analoge und barrierefreie Zugänge ohne Smartphone und Computer gewährleisten.

Die Digitalisierung der Verwaltung ist übergreifend zu planen und umzusetzen. Kostspielige Inselösungen, nicht kompatible Systeme und Abhängigkeiten von ausländischen Großkonzernen sind zu vermeiden. Wir unterstützen die Digitalisierungsstrategie des Landkreises. Diese muss aber mit entsprechendem Personal- und Sachaufwand versehen werden. Da hierbei der Landkreis im Wesentlichen Gesetze und Verordnungen des Freistaates (Bayerisches Digitalgesetz) umsetzt und zudem eine Vorreiterrolle einnehmen will, muss dieser Aufwand entsprechend ausgewiesen und in Rechnung gestellt werden. Außerdem sind die Fortschritte hinsichtlich des realen Nutzens, aber auch des Kosten- und Arbeitsaufwandes laufend zu überprüfen. Digitalisierung ist kein Selbstzweck.

Politik für die Jugend

Unser Landkreis muss seinen Beitrag dazu leisten, dass Kinder und Jugendliche möglichst unabhängig von Herkunft und familiären Situationen ihre Chancen im Leben wahrnehmen können und dementsprechend gefördert werden.

Junge Menschen brauchen Perspektiven und Mitgestaltungsmöglichkeiten, damit sie ihre Stadt, ihre Gemeinde, ihre Region als Heimat betrachten. Die Verantwortung des Landkreises liegt hier vor allem bei den weiterführenden Schulen und der Mobilität durch öffentliche Verkehrsmittel sowie der Förderung haupt- und ehrenamtlicher Jugendarbeit, der Bereitstellung von nichtkommerziellen Freizeitangeboten, der Schaffung demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten und der Jugendhilfe.

Deshalb wollen wir die seit vielen Jahren nicht mehr angepassten Mittel für den Kreisjugendring erhöhen und die Errichtung eines gewählten Jugendparlaments auf Landkreisebene ermöglichen.

Die gestiegenen und vielfältigeren Aufgaben der Jugendhilfe stellen auch unseren Landkreis vor große Herausforderungen. Der von uns mitentwickelte und eingeschlagene Weg der Sozialraumorientierung muss konsequent fortgeführt werden. Kein Kind, kein junger Mensch darf verloren gehen, keine Familie allein gelassen werden. Die Auswertung der Sozialraumorientierung der Jugendhilfe im Landkreis belegt: Prävention wirkt und zahlt sich aus. Deshalb wollen wir die präventiven Angebote systematisch ausbauen und weiterentwickeln.

In diesem Sinne wollen wir:

- die Schulsozialarbeit an den weiterführenden Schulen fortführen und ausbauen,
- den flächendeckenden Ausbau der Jugendsozialarbeit an allen Schulen vorantreiben,
- mit Blick auf den Fachkräftemangel und den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen ab 2026 neue Wege in der interkommunalen Zusammenarbeit gehen, weil der Landkreis seine Gemeinden bei der Bewältigung dieser Aufgaben nicht allein lassen darf,
- in die Medienpädagogik investieren, weil die Befähigung der jungen Menschen zum Umgang mit den neuen Medien nicht nur Aufgabe der Schulen und Familien sein kann,
- unter anderem eine medienpädagogische Fachstelle im Amt für Jugend und Familie einrichten,
- der Inklusion in der Jugendhilfe hohe Priorität verleihen und beispielsweise Modellprojekte für eine inklusive Nachmittagsbetreuung entwickeln und
- zielgerichtete Angebote für alleinerziehende Elternteile in den Sozialräumen ermöglichen.

Gleichstellung

Gleichstellung und Gleichbehandlung der Geschlechter und Lebensformen bleiben für uns selbstverständliche Ziele. Das schließt auch queeres Leben ein.

Frauen sind auch in unserem Landkreis weiterhin mehrfachen Benachteiligungen ausgesetzt. Deshalb fordern wir die flächendeckende Umsetzung des Anspruchs auf Kinderbetreuung, auch für Kinder unter drei Jahren.

Die Gleichstellungsstelle des Landkreises hat ihre Arbeit weiterentwickelt. Wir werden sie dabei unterstützen und Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung vorantreiben. Die Vernetzung zwischen den Vereinen und Verbänden ist in diesem Bereich zu stärken.

Wir brauchen Beratungsstellen und Unterstützungseinrichtungen für Notlagen. Das gilt insbesondere für Frauen, die Opfer von Gewalt wurden. Das Vorhalten des Frauenhauses benötigt weiterhin die Anerkennung, den Rückhalt und die Finanzierung des Landkreises. Dort werden mehr Plätze, Wohnraumreserven und bezahltes Personal benötigt, um die zu leistende Arbeit wirksamer unterstützen zu können. Auch fordern wir mehr präventive Aufklärungsarbeit, wenn es um das Thema Gewalt gegen Kinder und Frauen geht. Dazu gehört eine stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit mit den Sachbearbeitern „Häusliche Gewalt“ der Polizei, den Beratungs- und Informationsstellen und den Bildungsangeboten in diesem Bereich.

Integration/Migration

Auch wenn die Zahl der neu zugewiesenen Flüchtlinge sich derzeit vermindert, brauchen die Flüchtlinge selbst, die Städte, Gemeinden, Bürgerinnen und Bürger mehr Hilfe bei der Unterbringung, Integration und Betreuung. Ehrenamtliche Helferkreise benötigen mehr Unterstützung, auch durch hauptamtliches Fachpersonal. Der Landkreis muss über das hinaus, was er tun kann, auch die Staatsregierung dazu veranlassen, den Städten und Gemeinden mit vielen Geflüchteten dazu zu helfen, dass die Infrastruktur für diese (z.B. Personal, Kinderbetreuung, Sozialräume, verkehrliche Erschließung) verbessert wird. Der Landkreis braucht in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Konzepte für eine dezentrale Unterbringung und eine Bodenvorratspolitik, die Grundstücke für bezahlbaren Wohnraum für alle zur Verfügung stellt sowie die Unterbringung von Flüchtlingen erleichtert und unterstützt. Städte und Gemeinden, die sich in diesem Bereich engagieren, sollen materiell davon profitieren. Gleichzeitig müssen wir die Abhängigkeit der Kommunen von privaten Investoren und Geschäftemachern in diesem Bereich massiv reduzieren.

Deutschland ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland. Millionenfach hat Integration stattgefunden. Integration heißt für uns, sozialen Aufstieg und die uneingeschränkte Teilhabe aller Menschen am Leben in den Städten und Gemeinden zu ermöglichen. Teil dessen sind die Schaffung passgenauer Bildungsangebote und zielgruppenorientierte Sprachförderung.

Im Ausländeramt benötigen wir mehr Personal für die schnellere Bearbeitung der Anträge und gegebenenfalls die Erteilung von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen. Es kann nicht sein, dass die Bearbeitung derartiger Anträge oftmals mehrere Monate dauert, selbst dann, wenn alle Unterlagen eingereicht wurden.

Geflüchtete benötigen Beratung und Hilfe bei der Bewältigung ihres Alltags und im Umgang mit Ämtern und Behörden. Wir unterstützen zivilgesellschaftliches Engagement, beispielsweise von Integrationshelferinnen und -helfern und eine unabhängige, flächendeckende, aufsuchende und qualifizierte Flüchtlingsintegrationsberatung.

Soziales/Pflege

Wer auf Hilfe angewiesen ist, muss sie erhalten. Wir sehen die Aufgabe des Landkreises vor allem in der Vernetzung, Unterstützung und Beratung für Betroffene, ehrenamtlich Helfende, Städte und Gemeinden. Mit den Familien- und Pflegestützpunkten ist ein wichtiger Anfang gemacht, der weiterentwickelt werden muss. Pflege- und Quartiersmanagement sind flächendeckend auszubauen. Der Bedarf an Pflegeleistungen aller Art wird in den nächsten Jahren sowohl ambulant wie stationär drastisch zunehmen.

Der Landkreis muss sein seniorenpolitisches Konzept ernst nehmen. Dazu gehören unter anderem Mehrgenerationenprojekte mit Wohnen und Möglichkeiten der sozialen Vernetzung.

Gesundheit/Krankenhäuser

Im Bereich der Gesundheitsversorgung kämpfen wir seit Jahrzehnten für den Erhalt von Krankenhäusern und Versorgungseinrichtungen in öffentlicher Hand sowie für die ‚Gesundheitsregion Plus Bad Tölz-Wolfratshausen‘. In den letzten Jahren haben wir sowohl im Kreistag als auch in der öffentlichen Auseinandersetzung zum Erhalt der Kreisklinik in Wolfratshausen wesentlich beigetragen. Im Vergleich zu anderen Krankenhäusern steht unsere Kreisklinik wirtschaftlich gut da.

Wir fordern seit langem, dass der Freistaat seinen Verpflichtungen im Bereich der Krankenhausplanung und -finanzierung endlich nachkommt, damit der Standort Wolfratshausen für die Zukunft gesichert bleibt. Der Landkreis muss in der Region und gegenüber der Staatsregierung an einer wirtschaftlich gesicherten Aufgabenteilung und Spezialisierung der Krankenhäuser arbeiten. Das Schielen auf Privatisierung und Schließung, auch wenn sie sich auf betriebswirtschaftliche Gutachten stützt, muss ein Ende haben.

Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass in Wolfratshausen zusätzlicher Wohnraum für das Personal entsteht, wie der Kreistag dies nun endlich mit knapper Mehrheit beschlossen hat. Auch werden wir weiterhin darauf drängen, dass in Bad Tölz Asklepios endlich seine Verpflichtung zum Neubau seiner Personalwohnungen erfüllt.

Wir plädieren zudem für die Einrichtung einer öffentlich geförderten Stelle für Frauengesundheit. Hier könnte der Landkreis ein Modell für ländliche Räume schaffen, das auf die geschlechtsspezifischen Bedürfnisse der Gesundheit von Frauen zugeschnitten ist.

Inklusion/Barrierefreiheit

Der Kreistag hat Anfang 2024 nach sechsjährigem Vorlauf eine Inklusionsstrategie beschlossen. Wir werden unserer Forderung nach einer zügigen Umsetzung Nachdruck verleihen. Teil eines entsprechenden Maßnahmenkatalogs ist die Errichtung einer Koordinierungsstelle in der Verwaltung mit klaren Zuständigkeiten, die zusammen mit dem Arbeitskreis für Menschen mit Behinderung, dem Behindertenbeauftragten, den dafür zuständigen Ausschüssen des Kreistages und Sachverständigen einen zeitlich gestaffelten Aktionsplan entwickelt. Unter anderem geht es dabei um die Erhöhung der Beschäftigungsquote in den Betrieben und Verwaltungen (angefangen in der Landkreisverwaltung selbst), sowie um die Berücksichtigung der Belange von behinderten Menschen im Alltag, von den Verkehrswegen über den ÖPNV bis zum Bauen und Wohnen. Barrierefreie Sprache und Gestaltung von allen Veröffentlichungen der Landkreisverwaltung sowie Beratung und Vernetzung müssen eine Selbstverständlichkeit werden.

Barrierefreiheit ist nicht nur ein Thema für bestimmte Gruppen in der Gesellschaft. Wir können alle darauf angewiesen sein, im Alter, mit schwerem Gepäck, mit Kinderwagen oder gebrochenem Bein, mit Seh- oder Hörschwäche. In all diesen Bereichen gibt es Schnittstellen zu Zuständigkeiten des Landkreises, die wir weiterhin thematisieren werden.

Landschaft und Natur schützen und wiederherstellen

Klimawandel, Tourismus, Zersiedelung und motorisierter Verkehr gefährden die natürlichen Lebensgrundlagen auch in unserem Landkreis. Die Landschaftsbilder aus der Tourismuswerbung stimmen mit der realen Entwicklung immer weniger überein. Das Landratsamt als Untere Naturschutzbehörde hat hier eine besondere Verantwortung. Um dieser gerecht zu werden, muss es personell und technisch optimal ausgestattet sein. Die Ranger, die für die Einhaltung der Umweltvorschriften in sensiblen Gebieten sorgen, sind ein gutes Beispiel.

Wer Bürokratie im Bereich des Umweltschutzes vermeiden will, braucht genug Personal für den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, Landwirtschaft, Städten und Gemeinden.

Wir müssen verhindern, dass unsere schöne Landschaft zum Fitnessstudio und Freizeitpark verkommt. Den von der Staatsregierung forcierten Ausbau touristischer Infrastruktur in Form von Seilbahnen, Beschneiungsanlagen und Forststraßen lehnen wir ab. Wir treten für die Einhaltung und Umsetzung der Alpenkonvention ein.

Demokratie und Transparenz leben

Wir wollen Demokratie in allen Lebensbereichen. Demokratie wird nicht nur in Parlamenten und Räten praktiziert, sondern auch in Initiativen, Beiräten, Schülerinnen- und Schülervertretungen, Vereinen, Verbänden, Betriebs- und Personalvertretungen, zumeist ehrenamtlich.

Der Landkreis soll im Rahmen seiner Möglichkeiten Demokratie und Transparenz fördern. Ehrenamtliche Beratungsgremien wie der Seniorenbeirat, der Arbeitskreis für Menschen mit Behinderung, der Sozialpsychologische Verbund und der Unterausschuss für Jugendhilfe sollen aufgewertet werden.

Wir wollen dafür sorgen, dass vorhandene Angebote von demokratiefördernden Initiativen und Einrichtungen in der Region bekannter gemacht werden und ein regelmäßiger Austausch stattfindet.

Wir begrüßen das 2025 begonnene Projekt für politische Bildung im Bereich der Kreispolitik an den weiterführenden Schulen. Nach einer gründlichen Auswertung wollen wir gemeinsam mit den Trägern der Jugendarbeit prüfen, ob und in welcher Form das fortgesetzt und gegebenenfalls auf weitere Bereiche erweitert werden kann.

Auch nach innen brauchen wir mehr Demokratie, beispielsweise was die Transparenz der Verwaltung gegenüber dem Kreistag angeht. Wir fordern deshalb weiterhin, den Stellenplan nach Fachbereichen in den Ausschüssen vorzulegen und zu beraten.